

Das »Kernstück der Studie« und zugleich Bruns-Wüstefelds eigentliche Leistung stellt aber erst der zweite Teil des Buches dar. Hier versucht er nämlich, »die Geschichte jedes einzelnen jüdischen Betriebes, der nach 1933 schließen musste, zu rekonstruieren« (S. 19). Indem er, Straße für Straße, Haus für Haus, alles zusammengetragen hat, was sich über Herkunft und beruflichen Werdegang der jüdischen Geschäftsinhaber, die Entwicklung ihrer Betriebe und über die Umstände der »Geschäftsaufgabe« herausfinden ließ, versetzt er den Leser auf bewegende Weise in die Lage, die Göttinger Juden und Jüdinnen, wie es im Vorwort treffend heißt, als Individuen wahrzunehmen – ihre Geschichte wird »durch die Nennung ihrer Namen, ihrer Häuser und Geschäfte« sichtbar gemacht. Er zeigt anschaulich, wie unterschiedlich die Reaktionen auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die ersten Boykott- und Terroraktionen, auf die schrittweise Entrechtung und auf die Verdrängung aus den angestammten Berufen ausfielen. Die Lektüre lässt auch erkennen, welche Gründe die einen zum Bleiben, die anderen zum Gehen bewegten; glücklicherweise konnten von 401 im Januar 1933 in Göttingen wohnhaften Juden mindestens 304 emigrieren. Da der Autor überdies die Täter und die Nutznießer der »Entjudung« beim Namen nennt, trägt er zugleich zur Aufarbeitung dieses vielerorts noch immer tabuisierten Kapitels der nationalsozialistischen Vergangenheit bei.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass das reich bebilderte Buch nicht nur unseren Kenntnisstand über die Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft erhöht, sondern auch einen wertvollen und engagierten Beitrag zum neuerdings wieder häufiger attackierten und schon deshalb notwendigen »grausamen Erinnerungsdienst« leistet.

*Werner Bühner, München*

Claudia Brunner, Arbeitslosigkeit im NS-Staat. Das Beispiel München, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler 1997, 395 S., kart., 58 DM.

Die Autorin will mit ihrer Veröffentlichung die historische Legende von der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit durch die Nationalsozialisten widerlegen und zeigen, wie Arbeitslosigkeit und soziale Not systematisch und propagandistisch verschleiert worden sind. Sie versucht dies am Beispiel der Stadt München zu veranschaulichen und versteht ihre regionalhistorische Untersuchung als Ergänzung zur Makroebene der Reichspolitik.

In der Einleitung (S. 7) werden elf Fragen formuliert, u.a. die nach Kontinuität und Zäsur zwischen der Arbeits- und Sozialpolitik der Weimarer Republik und des NS-Staates, die nach arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Instrumentarien der NS-Politik zur Verminderung der sozialen Not, nach der öffentlichen Akzeptanz der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, nach dem Status von Langzeitarbeitslosen, nach der Interaktion zwischen den Bürokratien der Arbeits- und Sozialverwaltung sowie nach eigenständigen kommunalen Handlungsspielräumen.

Der Einleitung schließen sich 15 Kapitel an, die teilweise wiederum in drei bis vier Teilkapitel untergliedert sind. Ein direkter Bezug zu den in der Einleitung formulierten Fragen wird nicht mehr hergestellt. Die Arbeit weist massive Gliederungsschwächen auch insofern auf, als mehr als die Hälfte der 15 Kapitel mit 10 bis 15 Seiten substantiell nicht tragfähig sind.

So wird dem Leser ein sehr knappes und damit leider teilweise auch oberflächliches Bild vermittelt. Dies gilt insbesondere für die ersten 6 Kapitel. Der Autorin gelingt es nicht, eine befriedigende regionalhistorische Untersuchung zu entwickeln. Sie bewegt sich vielmehr auf der allgemeinen reichspolitischen Ebene und versucht den regionalhis-

torischen Bezug mit dem Einarbeiten von Quellenauszügen herzustellen. Archivalien werden wie Steinbrüche ausgebeutet. Dem Leser werden mehrfach teilweise über eine Seite lange Quellenzitate geboten (z. B. S. 49 f., 125 f., 157 f., 202 f., 212 f., 229 f., 246–248), dazu kommen wortgewaltige Werturteile der Autorin, z. B. über die Sexualneurose des Schriftstellers Erwin Guido Kolbenheyer (S. 12). Die einzelnen Kapitel stehen in keinem direkten Zusammenhang und bauen nicht aufeinander auf. Von einer geschlossenen Darstellung oder Abhandlung kann somit eigentlich nicht gesprochen werden.

Die Anmerkungen, die nicht als Fußnote, sondern jeweils am Kapitelende stehen, zeigen, dass Claudia Brunner sich sehr mutig mit einer dünnen Literaturlage und einigen wenigen Akten begnügt. Dies gilt insbesondere für die Kapitel über die Ideologie des nationalsozialistischen Arbeitsstaats, über die Bedeutung von Propagandakampagnen im Rahmen der ›Arbeitsschlacht‹, über die Entwicklung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenunterstützung, über die Situation bei der lokalen Arbeitslosigkeit, über die Entwicklung der staatlichen Arbeitsverwaltung und dem staatlichen Zugriff auf Arbeitslose und Arbeitnehmer. Ein Verzeichnis der benutzten Quellen fehlt im Übrigen.

Als Beispiel für die Oberflächlichkeit sei auf das Teilkapitel 12.2 Widerstand, Sabotage, Denunziation verwiesen. Die Autorin berichtet chronologisch über Ereignisse, fügt einseitige Quellenzitate ein, um dann zu folgendem banalen Ergebnis zu kommen: »Der Umgang und die Bandbreite des individuellen Konfliktverhaltens zeigen auch, dass die bisherige Definition von Widerstand noch nicht ausreichend und in ihrer Wirktiefe unausgelotet ist. Widerstand ist keine feststehende, sondern eine Fließkategorie« (S. 290). Die Verfasserin erörtert im übrigen an keiner Stelle den Widerstandsbegriff, dessen bisherige Definition sie aber kritisiert.

Selbstmord und Selbstmordversuch werden von der Verfasserin als individuelle und kollektive Strategien zur Konfliktverarbeitung und Anpassung gewertet. Ihre Ausführungen erschöpfen sich auf drei Seiten mit vier Anmerkungen. Dabei benutzt die Autorin eine Statistik, die insgesamt eine rückläufige Selbstmordrate aufweist, um dann aber dennoch die These aufzustellen, die Selbstmordrate sei gleichbleibend hoch gewesen (S. 278).

Die Wissenschaftlerin benutzt nicht nachprüfbar Quellen. So stellt sie fest, dass die kommunale Wohlfahrtspflege Personen zur Fürsorgearbeit so lange heranzog, bis die Anwartschaftszeiten für die Arbeitslosenunterstützung erreicht waren, um sie dann in den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsverwaltung zu verweisen. Dabei stützt sich Brunner auf einen zwischen der Stadt München und dem Arbeitsamt München geschlossenen Vertrag (S. 237), der nicht näher beschrieben und dessen Fundstelle weder im Text noch in den Anmerkungen genannt wird. Die in der Einleitung gestellten sinnvollen Fragen bleiben weitgehend unbeantwortet. Die von der Autorin genannten politikwissenschaftlichen und sozialhistorischen Ansätze sucht der Leser ebenfalls vergebens.

Als Trost bleibt, dass einige wenige Kapitel der Arbeit dennoch überzeugen. So die Ausführungen zur Verschärfung der »Asozialen«-Politik. Die Autorin zeigt anschaulich, wie sich die Vollstreckung des geschlossenen fürsorgerechtlichen Arbeitszwanges für Asoziale ausgewirkt hat, etwa durch die Ableistung von Zwangsarbeit im Konzentrationslager Dachau. Nutznießer der Arbeitsanstalten für Asoziale waren nach Einschätzung der Verfasserin neben der NSDAP die Kommunen und der Landesverband Franken des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen (S. 264–266). Die hygienischen Verhältnisse in den Arbeitsanstalten waren bedenklich, so durfte die Unterwäsche nur alle acht Tage gewechselt werden, ein Bad konnte nur alle zwei Wochen genommen werden (S. 269). Ebenso sorgfältig sind die Schilderungen zum Reichsautobahnbau (S. 253 ff.). Hier zeigt die Verfasserin am Beispiel der Autobahn München-Salzburg die Repression und die gesundheitliche Auszehrung der in hohem Maße zum Autobahnbau

eingesetzten Fürsorgeunterstützungsempfänger, die 1934 ca. 80 Prozent der am Autobahnbau beteiligten Arbeiter stellten. Dies erklärt auch den Volksmundbegriff von den »Hunger- und Elendsbahnen«.

Angesichts der schwerwiegenden Mängel ist es unverständlich, aus welchen Gründen die vorliegende Arbeit mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft gedruckt worden ist. Das Thema, dem sich die Autorin gewidmet hat, ist ausgesprochen anspruchsvoll und hätte eine wesentlich sorgfältigere Bearbeitung verdient. Vor allem besteht die Gefahr, dass angesichts der eklatanten Schwächen und der zahlreichen selbstgefälligen Werturteile die Lektüre bei bestimmten Lesergruppen kontraproduktiv wirken und so gefährliche Legenden überleben können.

*Hans-Christian Herrmann, Dresden*

Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945: Band III: 1943–1945. Unter Mitarbeit von Hagen Fleischer, Manfred Oertel, Berthold Puchert und Karl-Heinz Roth, Akademie-Verlag Berlin 1996, 803 S., geb. 148 DM.

Um es vorwegzunehmen: Der vorliegende Band, der letzte einer umfassenden dreibändigen Darstellung des Verfassers über die deutsche Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, wird vermutlich auf absehbare Zeit ein, wenn nicht: das Standardwerk zu diesem ungemein vielschichtigen Themenkomplex bleiben. Auch nur alle wichtigeren Ergebnisse der voluminösen Arbeit hier zu skizzieren und zu diskutieren, würde den Rahmen einer Rezension bei weitem sprengen. Deshalb seien hier nur einige Anmerkungen gemacht: Während namentlich der erste Band der Eichholtzschen Geschichte der Kriegswirtschaft noch stark ökonomistisch verkürzt und zudem mit marxistisch-leninistischen Dogmatisierungen unterlegt war, kommt im dritten Band eine grundlegende Tendenz stärker zum Tragen, die bereits im zweiten, 1985 erschienen Band deutlich war: Den Institutionen des NS-Regimes und der NS-Bewegung wird ein entscheidendes Gewicht zuerkannt; Meinungsbildungsprozesse innerhalb der politischen Institutionen und die von diesen ausgehenden Interventionen werden ausführlich dargestellt und m.E. angemessen gewichtet. Was bereits beim zweiten Band zu beobachten war, bestätigt sich hier: Eichholtz, ursprünglich einer der profiliertesten »ökonomistischen« Vertreter der DDR-Forschung zum »Dritten Reich«, hat sich faktisch zu einem überzeugten Anhänger der Polykratie-Theorie entwickelt – einer Polykratie-Theorie, die freilich auch den Unternehmern und vor allem den Repräsentanten der Großindustrie das ihr zukommende, seit 1942/43 überdies rasch wachsende Gewicht einräumt. Ein Aspekt der Eichholtzschen Darstellung ist das Selbstverständnis und die »sozialpsychologische Befindlichkeit« der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger und der maßgeblichen Unternehmer in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges, eine zweite zentrale Seite seiner Arbeit die Darstellung der »nackten« ökonomischen Entwicklungen. Beieindruckend ist in diesem Zusammenhang bereits die Fülle an aufschlussreichen, überwiegend unmittelbar aus den Archivalien geschöpften insgesamt 164 Tabellen.

Gegliedert ist die Arbeit in insgesamt acht Kapitel. Im ersten Kapitel werden die erneuten – und letzten – Anstrengungen der kriegswirtschaftlichen Organisation NS-Deutschlands unter Speer vorgestellt, der zunehmend sichtbarer werdenden militärischen und ökonomischen Überlegenheit der Alliierten mit einer weiteren Steigerung der Rüstungsproduktion zu begegnen. Ausführlich dargestellt werden in diesem Kontext u.a. Entstehung und Tätigkeit des »Jägerstabes« und einige Wochen später dann des »Rüs-